

Perspektivwechsel für Politiker und Schüler

„Demokratie für alle“: Schüler diskutieren mit Politikern und besuchen Europaparlament

VON JANIKA SCHÖNBACH

Soltau. Im Fernsehen wirkt der Sitzungssaal des Europaparlaments schon groß – steht man in Brüssel auf der Tribüne und blickt auf ihn hinunter, wirkt er aber nochmal größer, das haben die Schülerinnen und Schüler der Abschlussstufe der Lebenshilfe Soltau festgestellt. Sie waren Anfang April für einige Tage in Brüssel. Die Fahrt gehört zum Projekt „Demokratie für alle“.

Bei dem Projekt kommen Mitglieder der Jugendorganisationen von CDU, SPD, FDP und Grünen mit Schülern der Abschlussstufe zusammen und sprechen über Politik. Die Schüler haben sich so schon mit der Frage beschäftigt, was bei Demonstrationen erlaubt ist, wie sie an politischen Prozessen teilhaben können, was Meinungsfreiheit bedeutet und über die Einführung von Schuluniformen und mit Landrat Jens Grote über die Mobilität im Heidekreis diskutiert.



Im Gespräch mit Landrat Jens Grote ist unter anderem der öffentliche Nahverkehr im Heidekreis Thema.

Foto: Lebenshilfe



Familie im Mittelpunkt

„Demokratie für alle“ ist ein Nebenprodukt der Diskussion um den neuen Standort des Heidekreis-Klinikums. Mitglieder der Jugendorganisationen von CDU, SPD, FDP und Grünen im Kreis entwickelten die Idee, ein gemeinsames Projekt auf die Beine zu stellen, im Gegensatz zu der teils hart geführten Diskussion um den Standort des Klinikums. Über den Kontakt zum Geschäftsführer der Lebenshilfe Soltau, Gerhard Suder, entstand dann die Idee für die Schüler der Abschlussstufe ein Projekt zu Demokratie zu entwickeln. „Unser Ziel ist es, dass die Schülerinnen und Schüler erfahren, welche Grundrechte sie haben und was das für sie heißt“, sagt Oliver Bauer, stellvertretender Geschäftsführer der Lebenshilfe und für den Bereich Schule zuständig.

Timo Albeshausen, Vorsitzender der CDU im Heidekreis, ist seit Beginn des Projekts im Jahr 2021 dabei. „Das Projekt ist aus dem Wunsch entstanden, etwas gemeinsam zu machen. Es ist unabhängig von der Kommunalpolitik“, sagt Albeshausen. Zu den Gründungsmitgliedern gehört auch Jonah Raja Jarband-

han von den jungen Liberalen. Fabio Lindhorst von den Jusos ist später dazugestoßen. „Es ist toll, dass wir bei dem Projekt Einblicke in die Perspektiven der Schüler der Lebenshilfe bekommen“, sagt er.

„Wir lernen, wie wichtig es ist, Themen auch niedrigschwellig erklären zu können“

Timo Albeshausen
Mitinitiator „Demokratie für alle“

Aus der Initiative der Nachwuchspolitikern soll ein dauerhaftes Projekt entstehen. „Es soll Teil unseres Schulprogramms werden“, sagt Bauer. Geplant sind drei Bausteine, ein Kennertreffen, ein Planspiel und ein Treffen mit einem Politiker aus der Region. „Beim ersten Treffen, dem Kennertreffen, soll es um die Frage gehen, was Politik ist und was Grundrechte sind“, sagt Albeshausen.

Ein erstes Treffen mit einem Politiker aus dem Heidekreis hat

es im Februar gegeben. Landrat Jens Grote stellte sich den Fragen der Schüler. Zur Unterstützung der Kommunikation arbeitete das Team mit Metacom-Karten, die verschiedene Symbole aus der unterstützten Kommunikation abbilden. „Die Schüler haben sich zum Beispiel dafür interessiert, welche Hobbys der Landrat hat, aber auch gefragt, warum die Löhne in Werkstätten so niedrig sind“, sagt Bauer.

Bei ihrem Besuch in Brüssel haben sich die Schüler dann mit europäischer Politik beschäftigt. Sie haben sich Anfang April auf den Weg nach Brüssel gemacht. Vier Tage waren sie unterwegs, haben sich eine Lichtershow im Atomium und die Innenstadt der belgischen Hauptstadt angeschaut. Hauptprogrammpunkt war aber der Besuch im Europaparlament. Zusammen mit den Schülern der Lebenshilfe war auch eine Delegation aus Lehrern der BBS Walsrode vor Ort. Lena Dupont, für die niedersächsische CDU im Europaparlament, informierte die Gruppe über ihre Arbeit.

Sie war dafür extra nachts angereist. Zwei Stunden dauerte der Besuch im Parlament. „Das war lang und auch langweilig“, sagt Michael, Schüler der Abschlussstufe. Die Politikerin

hatte viele Fachbegriffe verwendet und auch sehr schnell gesprochen. „Man hat gemerkt, dass Politiker lernen müssen, schnell zu sprechen“, sagt Lehrerin Angelika Lehners. Dass ihre Schüler Schwierigkeiten hatten, dem Vortrag zu folgen, kann sie gut nachvollziehen. „Auch mir fiel es schwer, bei den vielen Fachbegriffen zu folgen.“ Grote sei das bei seinem Treffen mit den Schülern besser gelungen, finden die. „Er hat langsamer gesprochen und erklärt, was er gesagt hat“, sagt Michael.

„Die Schüler sollen erfahren, welche Rechte sie haben und was das für sie heißt“

Oliver Bauer
Stellvertretender Geschäftsführer Lebenshilfe Soltau und Bereichsleitung Schule

Andere Schülergruppen der Lebenshilfe Soltau würden die Schüler der Abschlussstufe raten, auf eine Führung im Europa-

LEICHTE SPRACHE

Verständlich für alle

Texte, die in leichter Sprache verfasst sind, sollen in verständlicher Form informieren. Leichte Sprache richtet sich an Menschen mit Einschränkungen beim Lesen und Verstehen. Entwickelt wurde das Sprachkonzept aus der Behindertenrechtsbewegung und von Menschen mit geistiger Behinderung und Lernschwierigkeiten. Sie richtet sich außerdem an Menschen mit funktionalem Analphabetismus oder an bestimmten Erkrankungen wie Aphasie – eine erworbene Sprachstörung – oder Demenz. Ein wesentliches Merkmal der leichten Sprache ist, dass übersetzte Texte immer von mindestens zwei Personen aus der Zielgruppe auf ihre Verständlichkeit geprüft worden sein sollen. Für leichte Sprache existiert ein Regelwerk, das Sprach- und Rechtschreibregeln sowie Empfehlungen zur

Typografie und zum Mediengebrauch umfasst. In leichter Sprache übersetzte Texte verwenden einfache Wörter, kurze Sätze, einen aktiven, verbalen Schreibstil, einen bestimmten Textaufbau sowie visuelle Gestaltungen. Zum Beispiel beginnt jeder Satz in einer neuen Zeile. Leichte Sprache kann als Baustein der Barrierefreiheit gesehen werden. Sie ist ein verbrieftes Recht, das sich unter anderem aus Artikel 9 der UN-Behindertenrechtskonvention ergibt. Laut Behindertengleichstellungsgesetz und der Barrierefreie-Informationstechnik-Verordnung sind alle Träger öffentlicher Gewalt verpflichtet, ihre digitalen Angebote barrierefrei zu gestalten. Die Bundesregierung etwa bietet auf ihrer Webseite Informationen in leichter Sprache sowie in Gebärdensprache an. bz

parlament in leichter Sprache zu achten. „Unsere Schüler hätten den Vortrag auch in leichter Sprache gebraucht“, sagt Karola Haase, Lehrerin der Abschlussstufe.

Beindruckt hat die Schüler der Sitzungssaal des Parlaments. „Für die Übersetzung in die verschiedenen Sprachen gibt es an jedem Platz Kopfhörer“, erzählt Schülerin Michelle. Auch ein Unterschied zu den Sitzungsphasen ist den Schülern aufgefallen. Ist der Saal in den Nachrichten zu sehen, sind die Politiker meist vor Ort, zu sehen ist dann auch ein Rednerpult vorne in der Mitte des Saals. „Als wir da waren, fehlte es“, bemerkt Michael.

Für die Nachwuchspolitikern ist das Projekt ein Blick über den Tellerrand. „Es ist immer total interessant, mit den Schülern zu

arbeiten“, sagt Albeshausen. „Bei den Treffen lernen wir, wie wichtig es ist, Themen auch niedrigschwellig erklären zu können.“ Lindhorst findet vor allem den Perspektivwechsel im Austausch mit den Schülern spannend. „Mobilität ist ja grundsätzlich ein Thema hier auf dem Land, für die Schüler der Lebenshilfe hat sie aber noch einmal mehr Bedeutung als für uns“, sagt er. „Das sind Erkenntnisse, die ich auch mit in meine politische Arbeit nehme.“ Albeshausen hofft, dass die Schüler aus dem Projekt mit dem Bewusstsein herausgehen, eine Wahl und das Recht zu haben, politisch mitzureden. „Ich würde mich freuen, wenn sie sich durch das Projekt zutrauen, ihre Meinung zu vertreten und zum Beispiel auch zur Wahl zu gehen.“

TAGESBILDUNGSSTÄTTE

Förderung der Handlungsfähigkeit

In einer Tagesbildungsstätte können Schülerinnen und Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung ihre Schulpflicht erfüllen, die Einrichtungen erfüllen den gleichen Bildungsauftrag wie Schulen. Die Tagesbildungsstätte ist eine Einrichtung der Eingliederungshilfe. Es gibt sie in dieser Form nur in Niedersachsen. Die Klassen der Tagesbildungsstätte der Lebenshilfe Soltau lernen in der Celler

Straße in Soltau. Außerdem gibt es an der Hermann-Billing-Schule in Soltau, der Grundschule in Breloh in Munster und der Grundschule am Pietzmoor in Schneeverdingen jeweils eine Kooperationsklasse. Die Tagesbildungsstätte hat den Auftrag, soweit es individuell möglich ist, die Handlungsmöglichkeit der einzelnen Schüler zu fördern, damit sie selbständig und aktiv am gesellschaftlichen und sozia-

len Leben teilnehmen können. Schulisches Wissen soll dabei ebenso vermittelt werden wie soziale Kompetenzen. Die Klassen der Tagesbildungsstätte bestehen in der Regel aus bis zu acht Schülern. Jede Klasse hat einen eigens auf sie abgestimmten Stundenplan. Er bietet eine feste Struktur, die den Schülern die Möglichkeit bietet, ihren Tages- und Wochenverlauf überblicken zu können. Ziele und In-

halte der Arbeit der Tagesbildungsstätte orientieren sich am Kerncurriculum und an den Rahmenrichtlinien für die Abschlussstufe mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“. Allgemeines Bildungsziel der pädagogischen Arbeit ist laut der Lebenshilfe Soltau, den Kindern und Jugendlichen Teilhabe und Selbstentfaltung in sozialer Integration zu ermöglichen. bz